

**Protokoll der
96. Sitzung des
Landesbeirats für Immissionsschutz
am 27. Juni 2018
in Düsseldorf**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

TOP 1 Eröffnung durch Herrn Staatssekretär Dr. Bottermann und Begrüßung durch Frau Ministerin Heinen-Esser:

Herr Staatssekretär Dr. Bottermann eröffnet die Sitzung und heißt die Mitglieder des neu zusammengesetzten Landesbeirats für Immissionsschutz herzlich willkommen. Ebenfalls begrüßt er Frau Ministerin Heinen-Esser.

In ihrer Begrüßungsansprache begrüßt **Frau Ministerin Heinen-Esser** die Mitglieder des Landesbeirats. Sie bringt ihre Freude zum Ausdruck, gleich zu Beginn ihrer Amtszeit den Landesbeirat für Immissionsschutz kennenzulernen. Zugleich betont sie die Bedeutung des Gremiums für die Arbeit des Umweltministeriums. In seiner mehr als 50jährigen Geschichte hat sich der Landesbeirat stets mit den drängenden Fragen und Problemen des Immissionsschutzes beschäftigt. Auch heute steht mit dem Tagesordnungspunkt „Luftreinhaltung“ wieder das aktuell vorrangigste Thema auf der Tagesordnung, das verschiedene Facetten des Umweltministeriums – Umweltschutz, Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz - berührt.

Für **Frau Ministerin Heinen-Esser** ist dies deshalb auch persönlich eine der größten Herausforderung in der fachlichen und politischen Arbeit des Umweltministeriums. Die Fragestellungen für die Luftreinhaltepolitik in Nordrhein-Westfalen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Februar 2018 und das vor kurzem ergangene Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen müssen bis zum Jahresende in der Fortschreibung der Luftreinhaltepläne geklärt werden. Dabei setzt auch sie auf den Beratungssachverstand des Landesbeirats für Immissionsschutz.

Zum Abschluss ihrer Begrüßung wünscht **Frau Ministerin Heinen-Esser** deshalb gute Beratungen.

TOP 2 Tagesordnung der 96. Sitzung und Protokoll der 95. Sitzung

Ohne Aussprache werden die Tagesordnung der 96. Sitzung sowie das Protokoll der 95. Sitzung des Landesbeirats gebilligt.

Das Protokoll der 95. Sitzung wird auf der Homepage des Umweltministeriums bei www.umwelt.nrw.de eingestellt und den Mitgliedsorganisationen und –verbänden zugeleitet.

TOP 3 Allgemeine Information über Aktuelles auf dem Gebiet des Immissions-schutzes

In ihrem Bericht stellt **Frau Dr. Hein** folgende aktuelle Themen vor:

a) Optimierung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren

Frau Dr. Hein gibt hierzu einen Überblick über den derzeitigen Diskussions- und Abstimmungsstand. Aufgrund von geänderten bzw. gesteigerten Anforderungen aus EU- und Bundesrecht sowie einschlägiger Gerichtsurteile besteht die Notwendigkeit, den Vollzugsbehörden ein geeignetes Instrumentarium für die Durchführung von Genehmigungsverfahren an die Hand zu geben. Das Umweltministerium hat einen Entwurf einer Arbeitshilfe („FAQ-Liste“) entwickelt, die Hinweise zur Prozessoptimierung enthält, Antworten auf Rechtsfragen gibt und in einer Übersicht Erlasse zu immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zusammenfasst. Dieser Entwurf wird seit Anfang Juni mit dem Wirtschaftsministerium NRW sowie dem VCI NRW abgestimmt, um eine kurzfristige Veröffentlichung zu ermöglichen. Die fortlaufende Weiterentwicklung dieser Liste soll Aktualisierungsnotwendigkeiten aufgreifen. Neben dem Einsatz im Vollzug soll diese Arbeitshilfe auch den Zweck erfüllen, das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit an Beteiligung in solchen Verfahren zu bedienen.

Weiterhin gibt es Gespräche zur Frage der Digitalisierung von Anzeige- und Genehmigungsverfahren im Rahmen einer ad-hoc-AG mit MWIDE, Bezirksregierungen, VCI und unternehmer.nrw sowie zur der Frage des Verfahrenscontrolling bei Antragstellern und Genehmigungsbehörden.

Das Thema „Investitionsgespräche zwischen Unternehmen und Behörden“ soll in der nächsten Sitzung des Landesbeirats für Immissionsschutz anhand des Beispiels der Bezirksregierung Münster aufgegriffen werden.

Frau Baitinger und **Frau Horster** bitten um Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände in diesem Diskussions- und Abstimmungsprozess. **Frau Dr. Hein** betont, dass diese Gespräche keine der bisherigen Dialogformen sowie bestehende Arbeits- und Kommunikationsstrukturen ersetzen.

b) 42. BImSchV (Verdunstungskühlanlagen und Nassabscheider)

Diese Verordnung ist am 19.08.2017 in Kraft getreten. Ihr Zweck ist, für einen Schutz und Vorsorge vor Gefahren durch die Emission von Legionellen-haltigem Aerosol aus Anlagen zu sorgen. Die Anzeigepflicht für Betreiber tritt am 19.07.2018 in Kraft, Anzeigen sollen durch die Betreiber über ein bundeseinheit-

liches web-basiertes Datenbanksystem eigenständig vorgenommen werden. Das Datenbanksystem befindet sich derzeit in der Testphase. Ziel ist es, ein bundesweites Katastersystem zu schaffen, um Quellen schnellstmöglich identifizieren und Vorkommnisse wie in Warstein oder Bremen verhindern zu können. Das MULNV NRW entwickelt aktuell ein Informationsblatt über die Betreiberpflichten, das in Kürze über die IHK NRW bzw die Wirtschaftsverbände den Betreibern zur Verfügung gestellt werden wird.

Frau Horster stellt die Frage, inwieweit dieses Kataster allgemein öffentlich zugänglich sein wird. **Frau Dr. Hein** erläutert, dass es den einschlägigen Behörden vorbehalten ist und verweist in diesem Zusammenhang auf die sehr gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Gesundheitsbehörden.

TOP 4 „Stand der Luftreinhaltung in NRW“

Das Thema ist bereits mehrfach in Sitzungen des Landesbeirats vorgestellt und erörtert worden. Über den aktuellen Stand berichten **Frau Dr. Termath** und **Herr Friedrich** in ihrem Vortrag (Anlage 2).

Dabei gehen sie auf zwei Schwerpunkte ein:

- Aktueller Sachstand der Luftreinhalteplanung
- Übersicht über anhängige Klageverfahren.

In der Diskussion stellt **Herr Welge** die aktuelle Beschlusslage des Städtetages dar, wonach die Versammlung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister in der letzten Sitzung die Bundesregierung aufgefordert hat, für eine Hardware-Nachrüstung zu sorgen, die 35. BImSchV mit der Einführung der „Blauen Plakette“ zu ändern sowie den ÖPNV massiv zu fördern. Den Beitrag von **Frau Horster** zum verstärkten Einsatz von Straßenbahnen innerhalb des ÖPNV greifen **Herr Dr. Büther**, **Frau Schell**, **Frau Dr. Küster** sowie **Herr Welge** auf, die darin eine gute Möglichkeit sehen und zum Teil auch bereits in den Luftreinhalteplänen überlegen, dass hier ein Beitrag zu einer Verkehrsverflüssigung und damit auch zur Verringerung der Luftbelastungssituation bestehen kann. **Herr Dr. Schwab** weist auf den Umstand hin, dass gerade das Urteil des Bundesverwaltungsgericht keine Maßnahmen berücksichtigen konnte, die bei der Klageerhebung noch nicht eingeleitet worden waren, jetzt aber Bestandteil des Maßnahmenpaketes zur Überarbeitung der Luftreinhaltepläne sind.

TOP 5 „Stand der Lärmaktionsplanung in NRW“

Frau Möllerherm stellt den Umsetzungsstand zur EU-Umgebungslärmrichtlinie sowie aktuelle Entwicklungen vor (Vortrag Anlage 3).

Zu Beginn der Diskussion weist **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** darauf hin, dass auch hier die Sorge eines weiteren EU-Vertragsverletzungsverfahrens nicht unbegründet ist.

Frau Horster merkt kritisch an, dass sich aus den Erkenntnissen der kommunalen Lärmkartierungen keine Ablehnung zusätzlicher Lärmquellen ableiten lasse. **Herr Friedrich** und **Herr Dr. Hirsch** erläutern die rechtlichen Unterschiede zwischen Verfahren zur Ermittlung von Umgebungslärm und dem Genehmigungsverfahren. **Frau Horster** fragt nach einer Gesamtlärmbetrachtung und wie diese vorgenommen wird. Ihr wird erläutert, dass trotz der VDI 3722 keine quellenübergreifende Gesamtlärmbetrachtung vorgenommen werden kann. Das MULNV hat daher einen externen Gutachter mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Beurteilung von Gesamtlärm beauftragt.

Frau Baitinger erkundigt sich nach Erkenntnissen zur Ausweisung „ruhiger Gebiete“, insbesondere wie hoch die Anzahl dieser in Nordrhein-Westfalen ist. Informationen hierzu werden im Nachgang zur Sitzung nachgereicht. [Ergänzung: Aus der Datenberichterstattung zur Lärmaktionsplanung ist keine gezielte Abfrage zur Festsetzung ruhiger Gebiete möglich. Einer Auswertung des Umweltbundesamtes zur Lärmaktionsplanung der 2. Stufe zufolge haben in NRW 12 bis 14 Kommunen die Festsetzung ruhiger Gebiete vorgesehen.]

Herr Prof. Dr. Seibert erkundigt sich nach den konkreten Initiativen zu Motorradlärm und evtl. bereits erkennbaren Erfolgen. **Frau Möllerherm** verweist u. a. auf die Unterstützung der Novellierung der EU-Vorschrift ECE-R 41, Erfolge können allerdings insbesondere aufgrund des Bestandschutzes noch nicht nachgewiesen werden.

Herr Dr. Volkhausen weist auf die Problematik der räumlichen Nähe von neuen Wohngebieten zu gewerblich genutzten Gebieten hin und stellt dar, dass gerade in historisch geprägten Gebieten eine zunehmende Zahl von Sonderfallprüfungen festzustellen sei.

Herr Dr. Graaff thematisiert das Spannungsfeld von kommunaler Zuständigkeit für die Lärmaktionsplanung und der Zuständigkeit von Trägern der Baulast. Daraus entsteht häufig ein Vorwurf an die Kommune, ungeeignete oder nicht ausreichende Maßnahmen zur Lärmreduzierung zu ergreifen. Nach Aussage von **Frau Möllerherm** ist dieses Problem bekannt und es werden Möglichkeiten erwogen, Lösungen zu erzielen.

Auf die Frage, inwieweit die Absenkung der Auslösewerte für die Lärmaktionsplanung weiter verfolgt würde, erläutert **Frau Möllerherm**, dass die Auslösewerte bei der momentanen Lärmaktionsplanung der 3. Stufe weiter fort gelten und eine Absenkung zurzeit nicht beabsichtigt ist.

Herr Welge erinnert daran, dass Lärm das Umweltproblem Nr. 1 in den Städten ist und verweist auf die fehlende finanzielle Ausstattung der Kommunen. Er fragt nach dem Stand der Gesetzesinitiative zur Finanzierung von Lärmsanierungsmaßnahmen an Straßen in kommunaler Baulast. **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** sagt hierzu eine Prüfung zu.

Frau Horster merkt an, dass Flüsterasphalt auch dort verbaut würde, wo dieser aufgrund von Geschwindigkeiten nachweisbar zu keiner Lärmreduzierung führe. Sie fragt, ob bekannt sei, inwiefern sich der im Asphalt befindliche Kunststoff durch Abrieb in der Umwelt verteile. Hierzu konnte ihr keine Information gegeben werden.

TOP 6 „Antibiotika und Resistenzen in der Umwelt“

Nach dem Vortrag von **Herrn Dr. Sydlik** (Anlage 4) berichtet **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** darüber, dass auch die Umweltministerkonferenz in ihrer letzten Sitzung sich mit diesem Problem befasst und einen Beschluss gefasst hat, der aus Sicht von NRW durchaus weitreichender hätte ausfallen können.

Die Aussage von **Herrn Dr. Sydlik** zu der im MULNV gebildeten Arbeitsgruppe aufgreifend erklärt **Herr Welge** die Bereitschaft, kommunale Praktiker in die AG zu entsenden, weil dieses Thema aus Gesundheitsgründen, aber auch wegen möglicher Folgen für die kommunale Abwasserbeseitigung, von großer Bedeutung ist.

Frau Horster stellt in diesem Zusammenhang zwei Fragen:

1. Was wird unternommen, um den Eintrag von Antibiotika und resistenten Bakterien in die Umwelt zu reduzieren?
2. Wie wird ausgeschlossen, dass Belastungen des Trinkwasser auftreten?

Auf Frage 1 eingehend, erklärt **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann**, dass das Umweltministerium verschiedene weitreichende Maßnahmen ergriffen hat oder ergreifen wird (z.B. 50 % weniger Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft oder eine umfassende Informationspolitik). Nach seiner Kenntnis reichen die bisherigen Maßnahmen bei der Aufbereitung von Roh- zu Trinkwasser aus; es gibt deshalb – als Antwort auf Frage 2 - keine Handlungsnotwendigkeit.

Herr Staatssekretär Dr. Bottermann kündigt an, dass das Thema „Antibiotika und Resistenzen in der Umwelt“ auch in der nächsten Sitzung des Landesbeirats auf die Tagesordnung gesetzt wird.

TOP 7 „Verschiedenes“

Keine Beiträge.

Mit einem Dank an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schließt **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** die Sitzung.